

3 Gesetz zur Einführung des integrierten Bachelors im Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss erste Prüfung sowie betreffend das duale Studium und zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/8827

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/8827 an den Wissenschaftsausschuss – federführend – und unter anderem den Rechtsausschuss am 24. April 2024)

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil weist darauf hin, dass für den Antrag der FDP zum Bachelor, der geschoben worden sei, die Federführung beim Rechtsausschuss liege. Beides solle zusammen beraten werden.

Heute solle ein Vorratsbeschluss gefasst werden, wie sich der Rechtsausschuss zu der Anhörung verhalten werde, sollte der federführende Wissenschaftsausschuss zu dem Gesetzesentwurf eine solche beantragen.

Angela Erwin (CDU) bedankt sich bei der FDP, dass sie ihren Antrag solange zurückgehalten habe, bis der Gesetzentwurf vorliege. Ihrer Ansicht nach sei es sinnvoll, beides zusammen in einer Anhörung zu beraten. Der Wissenschaftsausschuss werde ihres Wissens eine Anhörung beantragen. Sie schlage vor, sich pflichtig daran zu beteiligen, da es im Wesentlichen um ein Thema gehe, das aufgrund des Hochschulgesetzes fachlich zwar federführend im Wissenschaftsministerium angedockt sei, aber auch im Rechtsausschuss federführend behandelt werde.

Sonja Bongers (SPD) schließt sich Frau Erwin an. In der Tat sollte eine gemeinsame Anhörung stattfinden.

Der Ausschuss fasst den Vorratsbeschluss, sich vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss pflichtig an dieser zu beteiligen.



NEUDRUCK

Rechtsausschuss

41. Sitzung (öffentlich)

3. Mai 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:02 Uhr bis 11:01 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Persönliche Daten von unschuldig Verfolgten müssen sicher und für die Betroffenen nachprüfbar gelöscht werden | 8 |
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5841
- Ausschussprotokoll 18/527 (Anhörung am 13. März 2024)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, in der heutigen Sitzung über den Antrag abzustimmen.
- Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP-Fraktion sowie bei Enthaltung der AfD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag ab.

- 2 Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und des Schiedsamtsgesetzes 11**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/8826 – Neudruck
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen die Durchführung einer Anhörung.
- 3 Gesetz zur Einführung des integrierten Bachelors im Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss erste Prüfung sowie betreffend das duale Studium und zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes 12**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/8827
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss fasst den Vorratsbeschluss, sich vorbehaltlich des Beschlusses einer Sachverständigenanhörung im federführenden Ausschuss pflichtig an dieser zu beteiligen.
- 4 Cum-Ex-Chefermittlerin bittet um Entlassung aus dem Beamtenverhältnis (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 13**
- In Verbindung mit:
- Kündigung von Staatsanwältin und Cum-Ex-Chefermittlerin B. (Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 2]) 13**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2520
- Bericht durch Minister Dr. Benjamin Limbach (JM)
- Wortbeiträge

- 5 Auszahlung der Betreuervergütung am Amtsgericht Mettmann und am Amtsgericht Ratingen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2506
- Wortbeiträge
- 6 Sachstand der internen Aufarbeitung nach einer Messerattacke auf zwei Kinder in Duisburg** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **27**
- In Verbindung mit:
- Mitteilung des Ergebnisses der dienstaufsichtsrechtlichen Prüfung bezüglich des Messerstechers von Duisburg** (*beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4]*) **27**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2513
- Wortbeiträge
- 7 Sachstand zu den Ermittlungen im Zusammenhang mit den Serienvergewaltigungen in einem Bielefelder Klinikum** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **30**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2512
- Wortbeiträge
- 8 Im Jahr 2024 und 2025 wird es zu einer weiteren deutlichen Mehrbelastung bei der Staatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen durch möglicherweise Hunderttausende Corona-Subventionsbetrugsverfahren, 60.000 Cannabis-Verfahren, 231.291 unerledigte Ermittlungsverfahren aus dem Jahr 2023 und bisher zahlenmäßig unbekanntem höheren polizeilichen Ermittlungsverfahren bei Internetkriminalität kommen. Was macht der Justizminister, um dem Fehlen von Amtsanwältinnen und Amtsanwälten, Geschäftsstellenmitarbeiterinnen und Geschäftsstellenmitarbeitern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten zu begegnen?** (*Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4]*) **32**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2508

– Wortbeiträge

- 9** **Gibt es wirklich ausreichend Gerichtsdolmetscherinnen und Gerichtsdolmetscher in NRW?** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])* **35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2510

– keine Wortbeiträge

- 10** **Sind faire Verfahren bei Video-Übertragungen in NRW Glücksache, insbesondere dann, wenn man die Gesichter der Prozessbeteiligten nur unscharf und/oder weit entfernt sieht (Fragen im Hinblick auf Beschl. des BVerfG v. 15.01.2024, Az. 1 BvR 1615/23)?** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])* **36**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2511

– keine Wortbeiträge

- 11** **Förderung der sozialen Wiedereingliederung in kleineren Hafteinrichtungen als Ergebnis eines Berichts der EU-Justizminister. Was macht der NRW-Justizminister daraus und welche Fortschritte machen das geplante Resozialisierungs- und Opferschutzgesetz?** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])* **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2517

– Wortbeiträge

12 Förderung des Jura-Studiums in NRW *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])* **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2509

– Wortbeiträge

13 Der Rat der EU hat am 26.02.2024 der Verordnung über die automatisierte Abfrage und den Austausch von Daten für die polizeiliche Zusammenarbeit (Prüm II) zugestimmt. Damit stellt sich die Frage von nationalem und europäischem Datenschutz und Datenaustausch und dem Schutz der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in NRW – Ist die Datenspeicherung in NRW durch Justiz und Polizei auf das Nötigste begrenzt und wird in den Fällen ohne Restverdacht und Wiederholungsgefahr sofort gelöscht? *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])* **40**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2516

– Wortbeiträge

14 Roben für Rechtspfleger? *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])* **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2514

– Wortbeiträge

15 Personalbedarf im Strafvollzug *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])* **42**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2515

– Wortbeiträge

- 16 Attraktivitätssteigerung im Justizvollzug – wann kommt endlich die schon lange geforderte Erhöhung der Stellenzulage der Meister 39,79 € auf 250 €? (Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])** **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2505

– Wortbeiträge

- 17 Krisenmanagement in der Justiz – das „47er-Modell“ (Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])** **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2507

– keine Wortbeiträge

- 18 Opferschutz in NRW stärken – Die Richtlinie 2012/29/EU ist derzeit das wichtigste Instrument für die Opferrechte in der EU. Diese wird derzeit überarbeitet. Sind Änderungen aus NRW-Landessicht notwendig? (Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 4])** **46**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2519

– Wortbeiträge

- 19 Bericht der Landesregierung zu Bewährungsstrafen und Behandlungsmaßnahmen im Strafvollzug (Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 5])** **47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2518

– keine Wortbeiträge

- 20 Verschiedenes** **48**

– keine Wortbeiträge